

## Resolution Fracking ist nicht Zukunft!

Nach dreijährigem Hin und Her hat es die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht geschafft, in einer wichtigen umweltpolitischen Fragestellung eine angemessene gesetzliche Grundlage zu schaffen. Allein dieser Sachverhalt dokumentiert das Regierungsversagen im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik, das mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke begann.

Wir Niedersachsen wissen, dass an vielen Orten das Thema Fracking intensiv diskutiert wird. Wir erleben, dass bereits heute Fakten durch die Beantragung von Aufsuchungslizenzen etc. geschaffen werden, so dass dringend eine bundesgesetzliche Lösung benötigt wird. Gleichzeitig wird die Fracking-Technologie bereits heute eingesetzt, ohne dass ein ausreichender gesetzlicher Rahmen besteht. Wer diesen Bedarf verkennt und dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Transparenz- und Beteiligungsrechten keine Rechnung trägt, wird Ablehnung von industriepolitischen Projekten ernten. Das Verhalten der schwarz-gelben Bundesregierung ist somit unter umwelt- und industriepolitischen Gründen gleichermaßen verwerflich.

Die Landesvertreterversammlung der SPD-Niedersachsen spricht sich deshalb für folgende Forderungen aus:

1. Für den Einsatz der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten bedarf es dringend einer bundesgesetzlichen Regelung, die folgende Punkte regeln muss:
  - a. Der Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen können, ist grundsätzlich dauerhaft zu verbieten.
  - b. Bis ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen und alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen werden, setzen wir uns für ein Moratorium ein, das ein Verzicht auf die Fracking-Technologie vorsieht.
2. Die bundesgesetzlichen Grundlagen, wie z.B. die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben, das Bergschadensrecht, das Wasserrecht etc. sind so zu überarbeiten, dass unabhängig von den Erkenntnissen gemäß Ziff. 1 b) bereits heute eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung und eine klare Haftungsregelung bei sämtlichen Fracking-Vorhaben gewährleistet sind.
3. Die nds. Landesregierung wird trotz Fehlens bundesgesetzlicher Regelungen alle Möglichkeiten ergreifen, um mit den beteiligten Gruppen im Rahmen laufender Fracking-Vorhaben Risiken von Mensch und Natur auszuschließen.
4. Die Energiepolitik der SPD wird auch künftig ihren Schwerpunkt auf den Ausbau der erneuerbaren Energien legen und nicht auf die Förderung endlicher Ressourcen.